

2. Nachtrag zur Satzung der mhplus BKK vom Ludwigsburg

Die Arbeitgebervertreter haben bezüglich des Ausgleichs von Arbeitgeberaufwendungen und der Anlage zu § 26 am 13.01.2006 folgende Satzungsänderungen beschlossen, die vom Bundesversicherungsamt als zuständige Aufsichtsbehörde mit Bescheid vom 25.01.2006 – AZ II3-59129.0 2766/05 in der folgenden Fassung genehmigt wurden:

Art. I Satzungsänderungen

1. § 26 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

§ 26 Ausgleichsverfahren nach dem Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (AAG)

Der Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen nach dem Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (Aufwendungsausgleichsgesetz

- AAG) richtet sich nach den Bestimmungen der Anlage zu dieser Satzung.

2. Die Anlage zu § 26 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

§ 1 Anwendbare Vorschriften

Auf den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) finden die für die gesetzliche Krankenversicherung geltenden

2. Nachtrag zur Satzung der mhplus BKK vom Ludwigsburg

Vorschriften und die Bestimmungen der Satzung der mhplus BKK Anwendung, soweit im Folgenden oder im AAG nichts anderes bestimmt ist.

§ 2 Ausgleichsberechtigte Arbeitgeber Erstattungsanspruch

- (1) Die mhplus BKK erstattet den nach § 1 Abs. 1 und 3 AAG am Umlageverfahren U1 beteiligten Arbeitgebern auf Antrag 70 vom Hundert des für den in § 3 Abs.1 und 2 und den in § 9 Abs. 1 des Entgeltfortzahlungsgesetzes bezeichneten Zeitraum an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fortgezahlten laufenden Arbeitsentgelts (ohne Einmalzahlungen im Sinne des § 23a SGB IV) ohne die darauf entfallenden von den Arbeitgebern zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge. Dabei werden die Aufwendungen des Arbeitgebers je Arbeitnehmer höchstens bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.**
- (2) Auf Antrag des Arbeitgebers wird der Erstattungssatz nach Absatz 1 (allgemeiner Erstattungssatz)
auf 80 vom Hundert erhöht (erhöhter Erstattungssatz) oder
auf 40 vom Hundert ermäßigt (ermäßigter Erstattungssatz).**

Abs. 1 Satz 2 gilt. Die Wahl des Erstattungssatzes gilt mindestens bis zum Ablauf des Kalenderjahrs. Ein Antrag auf Änderung des Erstattungssatzes wirkt ab dem Beginn des folgenden Kalenderjahres und muss spätestens zum 30.11. des laufenden Kalenderjahres bei der mhplus BKK eingegangen sein. Für im Jahr 2006 erstmalig eingehende Anträge auf Veränderungen des Er-

2. Nachtrag zur Satzung der mhplus BKK vom Ludwigsburg

stattungssatzes gilt abweichend, dass die Veränderung nach Ablauf eines Kalendermonats nach Eingang des Antrags wirksam wird.

- (3) Die mhplus BKK erstattet den nach § 1 Abs. 2 und 3 AAG am Umlageverfahren U2 beteiligten Arbeitgebern auf Antrag in vollem Umfang den vom Arbeitgeber nach § 14 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) gezahlten Zuschuss zum Mutterschaftsgeld und das vom Arbeitgeber nach § 11 des MuSchG bei Beschäftigungsverboten gezahlte Arbeitsentgelt (ohne Einmalzahlungen i. S. d. § 23a SGB IV). Die vom Arbeitgeber nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 AAG getragenen Sozialversicherungsbeiträge werden in tatsächlicher Höhe erstattet.**

§ 3 Aufbringung der Mittel

- (1) Die Mittel zur Durchführung der Umlageverfahren U1 und U2 werden von den am Ausgleich beteiligten Arbeitgebern durch gesonderte Umlagen aufgebracht.**
- (2) Als Bemessungsgrundlage wird das laufende sozialversicherungspflichtige Entgelt (ohne Einmalzahlungen i. S. d. § 23a SGB IV) herangezogen, höchstens jedoch bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung.**
- (3) Die mhplus BKK verwaltet die Mittel für die Umlageverfahren als Sondervermögen. Für die Umlageverfahren U1 und U2 werden Betriebsmittel gebildet.**

2. Nachtrag zur Satzung der mhplus BKK vom Ludwigsburg

Sie sollen zur Deckung der voraussichtlichen Ausgaben für einen Monat ausreichen; sie dürfen die voraussichtlichen Ausgaben für drei Monate nicht übersteigen (§ 9 Abs. 3 AAG).

§ 4 Umlagebeitragssätze

(1) Der Umlagebeitragssatz U1 beträgt

0,5 vom Hundert für den ermäßigten Erstattungssatz

2,0 vom Hundert für den allgemeinen Erstattungssatz .

3,0 vom Hundert für den erhöhten Erstattungssatz

(2) Der Umlagebeitragssatz U2 beträgt 0,3 vom Hundert.

§ 5 Widerspruchsausschuss

§ 4 der Satzung der mhplus BKK gilt mit der Maßgabe, dass bei der Behandlung von Angelegenheiten des Ausgleichsverfahrens nur die Mitglieder der Arbeitgebervertreter mitwirken.

§ 6 Organe, Zusammensetzung

(1) Die Geschäftsführung der Ausgleichskasse der mhplus BKK obliegt dem Vorstand, der diese gerichtlich und außergerichtlich vertritt.

2. Nachtrag zur Satzung der mhplus BKK vom Ludwigsburg

- (2) In Angelegenheiten des Ausgleichs der Arbeitgebераufwendungen nach dem AAG wirken im Verwaltungsrat nur die Vertreter der Arbeitgeber mit.**
- (3) Den Vorsitz übt, sofern die Vertreter der Arbeitgeber nichts anderes beschließen, jeweils derjenige Vertreter der Arbeitgeber aus, der zum Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats der mhplus BKK gewählt worden ist. Im Fall seiner Verhinderung wählt die Gruppe der Arbeitgebervertreter einen Stellvertreter.**
- (4) Die Arbeitgeberseite ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates der Arbeitgeberseite ordnungsgemäß geladen sind und die anwesenden und stimmberechtigten Arbeitgebermitglieder die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen.**
- (5) Die Vertreter der Arbeitgeber im Verwaltungsrat haben insbesondere die Satzung und die Höhe der Umlagesätze zu beschließen, den Haushaltsplan festzustellen und die Jahresrechnung abzunehmen.**

§ 7 Haushaltsplan, Jahresrechnung

- (1) Der Vorstand stellt den Haushaltsplan auf.**
- (2) Die Feststellung des Haushaltsplanes obliegt den Arbeitgebern im Verwaltungsrat.**

2. Nachtrag zur Satzung der mhplus BKK vom Ludwigsburg

- (3) Der Vorstand hat den Rechnungsabschluss aufzustellen. Die Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat nehmen die Jahresrechnung ab und beschließen über die Entlastung des Vorstandes.**

§ 8 Inkrafttreten

Die Anlage zu § 26 der Satzung tritt am 01. Januar 2006 in Kraft.

Art II. In-Kraft-Treten

Die Satzungsänderungen zu § 26 in Ziffer 1 und 2 treten rückwirkend zum 01.01.2006 in Kraft.

Ludwigsburg, 27.01.06

.....
Winfried Baumgärtner
Vorstand